

Einen guten Roten erkennt man am Abgang

Ampelkoalition: „Scholz entlässt Lindner“, FR-Politik vom 7.11, und „Was nun, Herr Bundeskanzler?“, FR vom 9.11.

Gefangen im rückwärts gewandten Weltbild

Christian Lindner wollte der FDP Stimmen bringen und war dafür bereit, Deutschland an die Wand zu fahren. Er hat ja schon bewiesen, dass er ein Unternehmen in die Insolvenz treiben kann. Auch damals hat der Staat über die KfW den größten Teil der Verluste von zwei Millionen Euro übernommen.

Nun konnte Lindner als Finanzminister (man hatte den Bock zum Gärtner gemacht) gegen alle Vernunft und gegen den Rat gestandener Ökonomen, auf Kosten der Allgemeinheit, richtig viel Geld verbrennen. Nicht nur das. Er war dabei, dem Wirtschaftsstandort Deutschland ernststen Schaden zuzufügen und zusätzlich soziale Spannungen zu provozieren. Während alle Welt Investitionen in die Infrastruktur und den Kampf gegen den Klimawandel präferiert, wollte er die Uhren zurückdrehen. Lindner glaubte, mit einem Sparkurs, den die ärmeren Bürger (siehe Diskussion ums Bürgergeld) zahlen sollen, der Wirtschaft zu „helfen“. Es war frech, dass die ideologischste Partei der Regierung, mit ihrem Chef Lindner (Festhalten an der Schuldenbremse, Aufweichen des Rentensystems, Vernachlässigung des Klimaschutzes) den anderen Parteien unwidersprochen ideologische Verblendung vorwarf.

Leider hat Lindner 2021, nicht wie bei den Koalitionsverhandlungen 2017, auf eine Regierungsbeteiligung verzichtet, denn die FDP kann es mit ihrem rückwärts gewandten Weltbild wirklich nicht. Es gibt kaum jemand, der nicht weiß, und wir bekommen es ständig vor Augen geführt (Unwetter in Spanien), dass das Sparen am Klimaschutz in Zukunft viel teurer wird, als jetzt zu investieren. Trotzdem hielt Lindner an klimaschädlichen Subventionen und Schuldenbremse fest und blockiert damit Gelder, die für die unbestritten notwendige Transforma-

tion dringend benötigt wurden. Lindner war fast der Jüngste im Kabinett, aber in seinem marktliberalen Denken im letzten Jahrtausend steckengeblieben.

Dieter Murmann, Dietzenbach

Es ist bitter, aber das Misstrauen bleibt

Nach dem Ende der Bundesregierung verbleibt der Bundesverkehrsminister überraschend im Amt, übernimmt zusätzlich das Bundesjustizministerium und verlässt stattdessen die FDP. Bedeutet das, er wird nun, nachdem er die Parteifesseln abgestreift hat, die Verkehrspolitik umsetzen, die aufgrund des Klimawandels erforderlich ist: Einhaltung der Sektor-Ziele im Verkehr durch verstärkten Ausbau der Bahninfrastruktur, Sicherung der Finanzierung des Deutschland-Tickets, kein weiterer Neu- bzw. Ausbau von Autobahnen, Einführung eines Tempolimits 100/80/30 (was sich als Justizminister einfach umsetzen lässt)?

Oder wird er unter dem Beifall seiner ehemaligen Parteifreundinnen und -freunde die Verkehrspolitik fortführen, für die er und seine Ex-Partei bisher verantwortlich waren? Diese Verkehrspolitik stand ja ganz oben auf der Agenda der FDP. Bitter, aber das Misstrauen gegenüber Teilen der Politik kann ich nicht leugnen.

Otto Gebhardt, Frankfurt

Volker Wissing sitzt auf dem falschen Posten

Mehr Verstand zu sinnvollerem Verkehrsverhalten könnte man einem deutschen Verkehrsminister schon empfehlen, einem Verkehrsminister, dem aber die unverbesserlichen Freie-Fahrt-Autofahrer so wichtig scheinen, dass anders sein Verhalten zum Klimaschaden nicht zu erklären ist. Warum er z.B. das Tempolimit auf Autobahnen so ablehnt, was alle Länder um Deutschland herum eingeführt haben und was für den Klimaerhalt

notwendig ist, wie man aus Klimakreisen hört. Dieser Herr Wissing sitzt auf falschem Posten!

Oskar Voigt, Frankfurt

Scholz sollte das Thema Teuerung nicht aussitzen

Das Porträt von Olaf Scholz spannt einen zu kurzen Bogen. Schließlich besteht das entscheidende Defizit des Kanzlers wie schon in seiner Zeit als Erster Hamburger Bürgermeister, vor allem darin, dass ihm trotz der großspurigen Ausrufung eines „sozialdemokratischen Jahrzehntes“ eine konkrete Vision für ein besseres Gemeinwesen fehlt und er sich emotions- und kommunikationsarm eher dem „schnöden“ politischen Tagesgeschäft widmet. Daran ändert er im letzten Bundestagswahlkampf erfolgreich verwendete Framing-Begriff einer Respektgesellschaft als Leitmotiv für die kleinen fleißigen Leute kaum etwas, von denen nicht wenige derzeit besonders stark unter der Krise, den galoppierenden Lebenshaltungskosten sowie den in Kürze anstehenden Steigerungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen leiden. Deshalb tut der Kanzler ebenso wie die gesamte Sozialdemokratie gut daran, das Teuerungsthema als sozialen Sprengstoff nicht mehr auszusitzen, zumal es aus den USA ein warnendes Beispiel gibt, wo Donald Trump laut mehrerer Studien die Wahl so deutlich gewonnen hat, weil viele Menschen die hohe Inflation mit der Regierungszeit unter Vizepräsidentin Harris assoziierten!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Olaf Scholz verhält sich befremdlich

Sehr geehrter Herr Scholz, als Weinliebhaber muss ich ihnen sagen: Die Qualität eines guten Roten erkennt man am Abgang! Dass ausgerechnet „Teflon-Scholz“ plötzlich an etwas (dem Kanzleramt) klebt, ist befremdlich!

Gerhard Hubeler, Dreieich

Diskussion: frblog.de/ampel-aus



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20241112

FR ERLEBEN

Karin Dalka, kommissarische Chefredakteurin der FR, präsentiert im Gespräch mit dem Autor den neuen Roman von **Lutz „Bronski“ Büge**: „Die kalte Erika“, einen Offenbach-Krimi. Mehr Info: frblog.de/die_kalte_erika
Der Autor liest aus seinem Roman. Eintritt: 10 Euro
Donnerstag, 14. November, 19 Uhr
Stadtbibliothek, Bücherturm
Herrnstr. 84, Offenbach

Daniel Roßbach moderiert die Podiumsdiskussion „In Brüssel viel Neues - Was bewegt die EU aktuell?“ Mit Alexandra von Nahmen (Deutsche Welle), Stefan Lock (Europäische Kommission Bonn) und Claudia Wiesner (Hochschule Fulda).
Freitag, 15. November, 18 Uhr
Evangelische Akademie
Römerberg 9, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Autor Ingar Solty über die Folgen der Wahlen in den USA.
Donnerstag, 28. November, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5
Frankfurt

Die Wut ist verständlich

Flutkatastrophe: „130 000 protestieren in Valencia“, FR-Panorama vom 11.11.

Ob vielen Spaniern Spanien als gescheiterter Staat erscheint, wie Martin Dahms andeutet, vermag ich nicht zu beurteilen; für die über 100 000 Demonstranten in Valencia ist jedoch der Schuldige für das miserable Krisenmanagement nach der Flutkatastrophe klar: der Chef der Regionalregierung von der rechtskonservativen Partido Popular (PP), dessen Rücktritt sie meines Erachtens zu recht fordern.

So bildete die PP nach den letzten Wahlen mit der faschistischen Partei Vox die Regierung in der Region Valencia. Eine ihrer ersten Entscheidungen war es, die Instanz zur Vorsorge und Koordination der Maßnahmen bei derartigen Naturkatastrophen abzuschaffen. Für die Vox als Partei der Leugner eines Klimawandels waren diese Gelder „rausgeworfen“. Sie wurden dann zum Teil zur Förderung des Stierkampfes verwendet.

Obwohl die staatliche Wetteragentur AEMET bereits am frühen Morgen wegen eines heranziehenden Unwetters Alarm der Warnstufe Rot gegeben hatte, wurde von der Regionalregierung erst nach 20 Uhr das SMS-Warnsystem aktiviert, als die Flutwelle bereits da war. Auch bei der Anforderung nichtregionaler Hilfen versagte diese rechte Regionalregierung. So wurde viel zu spät militärisches Personal von der spanischen Regierung angefordert, ebenso wurden ausländische Angebote der Katastrophenhilfe oder forensisches Personal nicht abgerufen.

Die Bezeichnung des Regionalpräsidenten als „Mörder“ durch die Demonstranten ist juristisch sicher unsinnig, die deutlich gewordene Inkompetenz der rechten Regionalregierung in Valencia, teils ideologisch bedingt, macht die Wut der Demonstranten aber verständlich. Johannes Rösner, Ulm

Von Hitler gelernt

Zu: „Abschrecken ist günstiger“, FR-Meinung vom 31. Oktober

Mit seiner Kolumne hat Paul Mason endlich und sehr nachdrücklich das Gleichgewicht zwischen den allzu vielen Ablehnungen der Friedenspreisrede von Anne Applebaum und bisher fehlenden Zustimmungen hergestellt. Es ist mir völlig unerklärlich, wie Leser Hülsbusch nach Aufzählung absolut richtiger Applebaum-Aussagen („klare Haltung“) zu seinem Fazit „Schade um diesen Friedenspreis“ kommen konnte. Vielleicht verhilft ihm die Mason-Kolumne zu besserer Einsicht. Und sei es nur wegen der dort dargestellten Analogien zwischen 1938 und 2014 ff. Natürlich wiederholt sich Geschichte nicht en détail, aber man könnte meinen, Putin hat von Hitler gelernt. Dieter Hartwig, Kiel

Trump ist vom Volk ermächtigt worden

US-Präsidentschaftswahl: „Der Systemsprenger“, FR-Meinung vom 9. November

Man darf zu Recht behaupten, dass es sich bei dieser neuen Machtübernahme Donald Trumps sowie der Erringung von Mehrheiten der Republikaner im Kongress und im Senat und der schon bestehenden Mehrheit im Supreme Court um eine Einreihung in die Gruppe der Autokratien der Welt handelt. Trump hat sich vom Volk in freien Wahlen mit einem regelrechten Ermächtigungsgesetz ausstatten lassen. Er kann nun durchregieren. Diese Machtfülle hat er nicht durch Gewalt oder durch Putsch, sondern von Volkes Gnaden.

Unverständlich bleibt, wie Farbige Trump wählen und dass Frauen sich in ein nicht nur konservatives, sondern reaktionäres und mehr als rückwärts-

gewandtes Familienbild einpassen lassen.

Es ist nun zu erwarten, dass Trump keine Politik im Namen der Republikaner, keine Politik im Namen des Volkes praktizieren wird, sondern dass er seinen eigenen Privatstaat inszeniert, so wie es derzeit auch in einigen Autokratien und Diktaturen zu beobachten ist, wo sich Regierungen teilweise als Familienunternehmen herauskristalisieren.

Es sei davor gewarnt, dass Trump mit seiner Gier nach Rache und Macht auch Oberbefehlshaber seiner Armee ist. Es besteht erhebliche Gefahr für seine politischen Gegner im Landesinneren. Nicht nur dass es sich bei Trump um einen vorbestraften Straftäter handelt. Er hat auch angekündigt, Straftäter,

welche zum Umsturz aufgerufen haben, zu begnadigen.

Der Anlass dieser Polarisierung durch Trump sollte Europa, der EU und auch China Anlass geben zu zeigen, welche Macht sie selber strategisch und marktpolitisch besitzen. Sollte Trump seine Androhung wahr machen, eine erhebliche Erhöhung der Einfuhrzölle verordnen und einen Handelskrieg inszenieren, sollte die EU - als gleichberechtigte Handelsmacht - diesen Fehdehandschuh aufnehmen und mit Selbstbewusstsein diese Konfrontation reflektieren. Es ist auch bei Trump nicht notwendig, vor Amerika in „Sack und Asche“ zu gehen. Amerika und Trump haben nicht das Recht, sich über den Rest der Welt zu erhöhen. Georg Dovermann, Bonn